

Mehr Mut wäre gut

Spricht die öffentliche Verwaltung von der Digitalisierung, so kommt es beim neutralen Betrachten mit großer Sicherheit zu einer Fehlinterpretation dessen, was mit der Digitalisierung der Verwaltung mal einhergehen wird. Es geht um wahrlich mehr, als eine neue Hardwareausstattung von Büros der Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen, um bestimmte Dienstleistungen zukünftig digital anbieten zu können. Wir sprechen insgesamt von einer digitalen Transformation – die gesamte Verwaltung muss sich auf neue Prozesse einstellen bzw. umdenken. Ich bin sehr optimistisch, dass wir gemeinsam eine erfolgreiche Digitalisierung der Verwaltung erleben werden. Es verhält sich hier nicht wie bei einem Schnupfen – die Digitalisierung wird nicht einfach weggehen!

Die Digitalisierung soll also voran gehen. Dazu haben die Regierungsparteien im Bund mit dem neuen Koalitionsvertrag ein Signal gesetzt. Bereits auf der ersten Seite wird dem Thema Digitalisierung ein hohes Gewicht eingeräumt – dort heißt es, dass die Digitalisierung für den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt Deutschlands unabdingbar sei. Das war ein wichtiges Zeichen, denn die Notwendigkeit zum Handeln steht wohl außer Frage. Deutschland spielt im Bereich der Digitalisierung noch nicht in der „Champions League“. Das zu ändern ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen.

Genau diese Akteure arbeiten derzeit intensiv daran, die Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben, ohne dabei die Anliegen der Bürger*innen sowie Unternehmer*innen aus den Augen zu verlieren. Ganz geräuschlos wird dieser Prozess jedoch nicht zu durchlaufen sein. Die Debatte wird von einer gewissen Skepsis und einem Maß an Hysterie begleitet. Nicht jeder sieht in der Digitalisierung den allgewaltigen Heilsbringer. Die digitale Welt verändert die private und öffentliche Kommunikation tiefgreifend. In welche Richtung sich diese Welt verändert, hat nichts mit der Geschwindigkeit der Digitalisierung zu tun, sondern mit den Akteuren, so wie seit jeher in der analogen Welt. Denn am Ende steht auch die Frage, wie der Bürger in der digitalen Welt überlebt und jenem nützt.

Die Digitalisierung der Verwaltung muss mit gewissem Mut angegangen werden. Speziell für das Land Brandenburg heißt es nun die Ärmel hochzukrempeln. Das Brandenburgische Kabinett hat dem Landtag im April dieses Jahres einen Entwurf eines E-Government-Gesetzes vorgelegt. Diese Grundlage ist wichtig. Schließlich müssen bis 2022 alle Verwaltungsangebote auch digital und medienbruchfrei im Portalverbund zur Verfügung stehen. Das Onlinezugangsgesetz gibt den Ländern dabei Rückenwind. Die Digitalisierungsverantwortung der Bundesländer geht jedoch noch darüber hinaus.

Das Brandenburgische E-Government-Gesetz verfolgt daher mehrere Ziele gleichzeitig. Neben der Schaffung eines einheitlichen Rechtsrahmens zur elektronischen Verwaltung, ist damit auch gewährleistet, dass für eine zeitgemäße elektronische Kommunikationsmöglichkeit mit der Verwaltung gesorgt wird.

Mir liegt der kooperative Ansatz zur Zusammenarbeit von Land und Kommunen besonders am Herzen. Wir wollen der kommunalen Familie erstmals kostenlos eine Reihe von Basiskomponenten zur Verfügung stellen, aber auch im Bereich der IT-Sicherheit helfen. Aus meiner langjährigen Tätigkeit als Amtsdirекторin kann ich besonders nachvollziehen, wie wichtig die Prozessgestaltung auf Augenhöhe ist. Sind es doch am Ende die Bürger*innen, die in den Kommunen leben und arbeiten, die am häufigsten mit der Verwaltung zusammenkommen und uns am Ende helfen, die Veränderungsprozesse erfolgreich zu gestalten.

Ausgewählte Modellkommunen sollen als Vorreiter die Verwaltungsdienstleistungen digitalisieren und damit dem gesamten Digitalisierungsvorhaben des Landes Brandenburg zur besseren Effizienz verhelfen. Dabei soll die Akzeptanz der Bürger*innen gewonnen werden. Online-Verfahren müssen einen spürbaren Vorteil bringen, ohne dabei den Datenschutz aus den Augen zu verlieren.

Digitalisierung und E-Government sind mehr als die „Elektrifizierung der Verwaltung“. Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine große Aufgabe, birgt aber auch viele Chancen. Letztlich benötigen wir mehr Mut zur digitalen Veränderung. Hand in Hand können wir die Zukunft gestalten.

Ich freue mich auf die vielen konstruktiven Ideen und Digitalisierungsinitiativen im Land Brandenburg und im Bund.

Ihre

Katrin Lange

Staatssekretärin im Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg

